

2. Veranstaltung

Ist Polarisierung eine verfassungsfeindliche Strömung?

Die Bundesverfassung war ein grosses Projekt der nationalen Vereinigung, das noch heute die Basis des Schweizer Zusammenhalts darstellt. Die fortschreitende diskursive Polarisierung stellt die Schweizer Konsensdemokratie vor Herausforderungen. Die Gesundheit von Demokratien hängt in beträchtlichem Mass von der Regierungsfähigkeit ab. Diese ist dann hoch, wenn die Konsensfähigkeit ebenfalls hoch ist.

Wenn Polarisierung zu Ausgrenzung, Herabwürdigung und Dialogunfähigkeit führt, wird sie zur Gefahr für die Konsensfähigkeit und die Demokratie. Heute werden diese schädlichen Effekte vor allem im Zusammenhang mit gewaltbereiten Randgruppen diskutiert. Es gibt jedoch auch Bereiche inmitten der Gesellschaft, die zu spüren bekommen, dass die Abneigung gegenüber Andersdenkenden in der Schweiz besonders gross ist.

«Demokratien sind fragiler, als wir meinen», sagt **Ivo Scherrer**, der an der Veranstaltung eine Bestandesaufnahme präsentiert. Die Maturandin **Viktoria Gubler** präsentiert die Ergebnisse ihrer bemerkenswerten empirischen Untersuchung zu grenzverletzendem Verhalten gegenüber Mitgliedern des Nationalen Parlaments und stellt fest, dass «das teilweise erhebliche Mass an grenzverletzendem Verhalten die Arbeit der Parlamentsmitglieder erschwert». **Sophie Achermann** bekräftigt, dass «freie Meinungsbildung und eine offene Debatte zu den Kernwerten einer freien Gesellschaft» gehören. Sie zeigt, wie Hate Speech funktioniert und welche Handlungsmassnahmen zum Schutz der Gesundheit der Demokratie zu ergreifen sind.

(Text Melanie Mettler, Vorstand NHG Bern)

Wie viel Polarisierung erträgt eine plurale Konsensdemokratie?

Ivo Scherrer, Profuturis – der Think + Do Tank, das Zukunftslabor der SGG.

Unsere Arbeitshypothese

Starke emotionale Polarisierung in Kombination mit tiefer Konfliktfähigkeit führt zu einem Klima, in dem wir kaum noch politische Kompromisse schliessen können und führt im Detail zu

- **Rückzug** in relativ (vermeintlich) homogene Gruppen
- gegenseitigem **Desinteresse** und gegenseitigem **Unverständnis**
- gegenseitigen **Stereotypisierungen** und **Schuldzuweisungen**
- zunehmendem sozialen **Misstrauen**
- stark **überhitztem Diskurs**, in dem wir es verpassen, schlauer zu werden
- sich **verhärtenden Fronten** und im schlimmsten Fall Lose-Lose-Mindset
- **Pessimismus**, Fatalismus

Welche Anzeichen haben wir für eine toxische Polarisierung in der Schweiz?

- Starke politische Polarisierung der Bevölkerung
- Relativ stark politisch polarisierte Parteienlandschaft
- Starke affektive Polarisierung der Bevölkerung

- Tiefe Konfliktfähigkeit (?)
- Selbsteinschätzung abnehmender Empathiefähigkeit
- Starkes Othering / Stereotype gegenüber Minderheiten
- Starker Zuspruch zu Verschwörungserzählungen (geschlossene Weltbilder)

Die SchweizerInnen wenden sich vermehrt den pol. Polen zu

Links – rechts – Selbstpositionierung der Wählenden: Die Mitte schrumpft

	<i>Links</i>	<i>eher links</i>	<i>Mitte</i>	<i>eher rechts</i>	<i>Rechts</i>
1995	7	20	32	24	17
2007	13	18	27	21	21
2019	18	20	14	23	25

Gegenüber den Anhängerschaften der Pol-Parteien ist man kritischer

Frage: „Welche Gefühle haben Sie gegenüber Personen, die andern Parteien nahe stehen?“

<i>Partei</i>	<i>Positiv</i>	<i>eher positiv</i>	<i>Neutral</i>	<i>eher negativ</i>	<i>Negativ</i>
Grüne	10	17	18	17	38
SP	9	15	24	22	30
GLP	5	22	30	21	22
Mitte	5	24	43	18	10
FDP	5	20	35	25	15
SVP	5	9	17	23	46

Neue und alte Gräben

Frage: «Wo driftet die Schweiz auseinander?» Umfrage von 2022

Reich – Arm	70%	Schweizer – Ausländer	37%
Politisch links – rechts	64%	Deutschschweiz – Romandie	28%
Stadt – Land	54%	Jung – Alt	26%
Covid Befürworter – Skeptiker	52% (2021 noch 77%)		

Fazit: Die wirtschaftliche Ungleichheit treibt am stärksten um
Beispiel: Verteilung des Netto-Vermögens in der Schweiz 2010

Die untersten 60% besitzen	1%	und 40% der Bevölkerung haben Schulden,
Die nächsten 30% besitzen	25%	die untersten 20% im Durchschnitt 35 000 Fr.
Die obersten 10% besitzen	74%	

Abnehmende Empathiefähigkeit

Frage: „Denken Sie, dass das Einfühlungsvermögen in unserer Gesellschaft zunimmt oder abnimmt?“

<i>Sie nimmt</i>	<i>stark zu</i>	<i>eher zu</i>	<i>weiss nicht</i>	<i>eher ab</i>	<i>stark ab</i>
Gesamthaft	1	10	12	52	25
Frauen	2	11	12	54	21
Männer	1	9	12	50	28
18 – 35-Jährige	0	17	10	49	24
36 – 55-Jährige	2	8	13	49	28
über 55 Jahre	1	8	11	60	20

Grenzverletzungen gegenüber eidgenössischen Parlamentsmitgliedern

Viktoria Gubler «Von unangemessenen Witzen bis zu Morddrohungen» - eine Maturaarbeit

Methode – Vorgehen

- **Online Umfrage** an alle 246 Parlamentsmitglieder
- **Persönlicher Besuch** im Bundeshaus während der Sommersession
- **Rücklauf:** 99 Antworten, 83 davon vollständig, d.h. eine Nettorücklaufquote von 34%

Sitze im Bundesparlament / Umfragebeteiligung			im Bundesparlament / Umfragebeteiligung		
Frauenquote	39%	47%			
SVP	26%	13%	FDP	17%	16%
SP	18%	22%	Grüne	14%	25%
Mitte	18%	16%	GLP	7%	8%

Auszug aus den Ergebnissen der Befragung

Generelle Belästigung (in %)

nach politischer Orientierung

nach Geschlecht

	Total	Links	Mitte	Rechts		Frauen	Männer
Drohungen	48	54	40	46		59	39
Erpressung	8	8	4	12		12	4
Beschimpfung	86	90	75	88		95	78
Stalking	19	26	10	18		26	12
Sonstige Belästigungen	11	12	20	3		15	9

Digitale Belästigung (in %)

nach politischer Orientierung

nach Geschlecht

	Total	Links	Mitte	Rechts		Frauen	Männer
Sexuelle Nachrichten + Fotos	19	26	10	12		29	9
Sexistische Beschimpfungen	30	49	20	8		52	9
Beschimpfung wegen Alter / Geschlecht / Hautfarbe	49	62	44	32		68	32
Sonstige negative Kommentare	28	32	15	29		20	32

Sind Grenzüberschreitungen auf Grund der Digitalisierung häufiger geworden?

Die grosse Mehrheit stimmt dem zu: Frauen zu 82% und Männer ebenfalls zu 80%

95% der Parlamentsmitglieder haben Grenzverletzungserfahrungen bereits erlebt!

Hat sich grenzverletzendes Verhalten dank der Me too – Bewegung verändert?

Frauen erlebten seither 53% weniger Belästigungen, Männer immerhin 20% weniger. Gut die Hälfte der Befragten stellte keine Veränderung fest.

Schlusswort: Eine Demokratie kann nur funktionieren, wenn jene, die sie an vorderster Front mitprägen, ohne Angst reden und abstimmen können.

3. Veranstaltung

Die Schweiz im Reformstau

Der «Reformstau» ist zum geflügelten Wort geworden in der Schweiz. Was steckt dahinter, was sind seine Ursachen? Gibt es „den“ Reformstau überhaupt? Wie können innenpolitische Blockaden überwunden und Lösungen gefunden werden, für die Klima- und Energiekrise zum Beispiel, für die Altersvorsorge oder die Beziehung zur Europäischen Union? Diesen Fragen gehen wir in einem kurzen Referat und einer Diskussion mit politisch erfahrenen Gästen nach.

Stau oder nur stockender Kolonnenverkehr?

Inputreferat von **Lukas Golder**, Co-Leiter gfs.bern und **Corina Schena**, Junior-Projektleiterin gfs

Polarisierter Pluralismus in der Schweiz

In einem Zweiparteiensystem ist es üblich, dass die ideologische Distanz zwischen den Parteien gross ist (USA). Im Mehrparteiensystem der Schweiz gilt ein «segmentierter Pluralismus», eine Garantie für die Aufteilung der Macht. In den letzten Jahren hat der verschärfte Parteienwettbewerb zentrifugal gewirkt und zu einem «polarisierten Pluralismus» geführt. Die Pole sind stärker geworden. Eine **zunehmende Fragmentierung** zeigt sich im ganzen politischen Spektrum:

Arbeitgeber versus Gewerkschaften / economiesuisse versus Gewerbeverband / SVP versus SP, und im Bundesrat zeichnet sich eine Polarisierung zwischen FDP und der Mitte, zwischen den Grünen und der SP ab.

Von den Medien wird diese Polarisierung gefördert. «Wenn die Kamera läuft, verschwindet die Konkordanz» - und nachher geht man miteinander ein Bier trinken. Im Spannungsfeld der Konkordanz und den Ansprüchen der EU-Verhandlungen zum Beispiel führt ein Strategie-Mangel zur Blockierung des BR. So stellt sich die Frage: **War der Abbruch des Rahmenabkommens ein Unfall oder ein System-Crash?**

Die Wirkung der Parteien

Wie kann man die Wirkung des Parlaments messen? Wenn kein Referendum ergriffen wird, zeigt das (meistens), dass eine nachhaltige Lösung gefunden wurde. Die Untersuchungen über die Wirkung der Parteien, d.h. ihr Anteil an der **politischen Lösungsfindung** wurden von gfs leider nur bis 2015 aufgezeigt. Im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2015 sehen wir folgende Quoten:

SVP	13%	SP	19% (ein Sprung 2015 auf 26%)
FDP	21%	GLP	fällt von 11 auf 7%
CVP	21%	GPS	fällt von 12 auf 6%
BDP	8%		

Die 10 Topsorgen

Das Sorgenbarometer ist ein bekanntes Instrument, um dem Volk den Puls zu messen. Die folgende Liste von zehn Themen wurde von gfs im Herbst 2023 1551 Personen mit folgender Fragestellung vorgelegt: «Wählen Sie aus der vorgelegten Liste jene fünf Themen aus, die Sie persönlich als die wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen». Das Ergebnis in Prozent:

<i>Gesundheitsfragen / Krankenkasse / Prämien</i>	40
<i>Umweltschutz / Klimawandel / Umweltkatastrophen</i>	38
<i>AHV / Altersvorsorge</i>	32
<i>Beziehungen zu Europa / EU Rahmenabkommen / Zugang zum europ. Markt</i>	26
<i>Energiefragen / Stromversorgung / erneuerbare Energien / Kernenergie</i>	26
<i>AusländerInnen / Personenfreizügigkeit / Zuwanderung</i>	23
<i>Inflation / Geldentwertung / Teuerung</i>	22
<i>Wohnkosten / Anstieg Mietpreise</i>	22
<i>Flüchtlinge / Asylfragen</i>	20
<i>Soziale Sicherheit / Sicherung Sozialwerke</i>	15

Doch nur stockender Kolonnenverkehr?

Die Referentin zeigt mit leisem Optimismus in folgenden Beispielen auf, dass viele der in den ersten Rängen des Sorgenbarometers stehenden Themen in der Politik bereits angegangen und weiterbearbeitet werden:

Beispiel Gesundheitspolitik

Massnahmen zur Kostendämpfung 2023: Einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen. Das Referendum ist bereits lanciert! Voraussichtliche Volksabstimmung am 9. Juni 2024.

Zudem wurden folgende zwei Initiativen bereits eingereicht: • Kostenbremse-Initiative • Prämien-Entlastungs-Initiative

Beispiel Klimapolitik

2021 lehnte das Volk das CO₂-Gesetz mit 51,5% Nein-Stimmen knapp ab. Das Parlament arbeitete einen neuen Vorschlag aus, der bereits 2023 als «Klima- und Innovations-Gesetz» mit rund 60% Ja-Stimmen angenommen wurde.

Beispiel Altersvorsorge

Die folgende Kaskade zeigt, wie intensiv im Parlament und dank Initiativen dieses Thema bearbeitet wird:

- 2017: «Altersvorsorge 2020» vom Stimmvolk abgelehnt
- 2019: Steuerreform und AHV-Finanzierung angenommen
- 2022: Stabilisierung der AHV (AHV 21) angenommen

Im Jahr 2024 kommen **weitere Reformen** zur Altersvorsorge zur Abstimmung:

Im März die Volksinitiative für eine 13. AHV-Rente und die Renteninitiative der Jungen FDP, später im Jahr das Referendum gegen den Umbau des BVG (BVG 21).

Beispiel EU-Politik

Im Mai 2021 erfolgte der sehr überraschende Abbruch der Verhandlungen über das Rahmenabkommen durch den BR. Das bedeute aber keinen Bruch mit der EU wurde beteuert. Bereits im Februar 2022 erfolgte der Startschuss für die Erarbeitung eines neuen Verhandlungspaketes mit der EU. Im Dezember 2023 verabschiedete der BR einen Entwurf für ein Verhandlungsmandat, der jetzt in Vernehmlassung ist.

Ursachen von Blockaden

Hohe Hürden für Reformen

Langsamkeit („Politik der kleinen Schritte“), Sachzwänge von aussen & Polarisierung von innen bewirken Reformstau im Konkordanzsystem

Überhastete Entscheide

Ist der Problemdruck hoch, finden Themen schneller ihren Weg zurück auf die politische Agenda. Risiko des Hyperaktivismus: ein «fauler oder unsauberer Kompromiss».

Nachhaltigkeit, aber kaum

vorausschauende Strategie Mehrheitsfindung und eine Strategie bei Kernthemen sind fast unmöglich. Konkordanz schafft aber mit dem Volksmehr nachhaltige Lösungen

Diskussion über die Hintergründe des Reformstaus

Lukas Golder (G) gfs Bern, Christa Markwalder (M), ehemalige Nationalrätin FDP

Markus Notter (N), ehemaliger Regierungsrat Kt. Zürich, Präsident des Europa-Instituts an der Universität Zürich

Moderation: Jürg Steiner, „Hauptstadt“

M Christa Markwalder hatte während des Referates einige Déjà-Vues! Als Worst Case erlebte sie den **Abbruch der Verhandlungen über ein Rahmenabkommen mit der EU**. Sie findet ihn einen grossen Affront gegenüber dem (nicht befragten) Parlament und der Stimmbevölkerung. Besonders stossend fand sie, dass der Bundesrat (BR) keinen Plan B hatte. Sie ist froh, dass jetzt wenigstens ein Verhandlungsmandat im Raum steht. Der BR blendet aber aus, dass die EU auch eine Agenda hat und diesen Herbst Wahlen in die EU stattfinden.

N Markus Notter ist skeptisch gegenüber dem Optimismus, den das Referat ausstrahlte. Neu für ihn ist, dass (gerade in der EU-Frage) der Stau mehrheitlich im BR zu lokalisieren ist. Es muss dort u.a. um Machtfragen und Animositäten gehen. Seiner Meinung nach braucht es unbedingt institutionelle Revisionen! **Die Gesellschaft verändert sich laufend, die Politik hinkt immer hinterher.**

G Lukas Golder ist ebenfalls erschrocken über den Abbruch der Verhandlungen mit der EU. Die Behauptung, die Bevölkerung hätte ein Rahmenabkommen sowieso abgelehnt stimmt nicht: Nach den Umfragen des gfs waren rund 65% der Meinung, der BR müsse weiter verhandeln. Die **Strategie-Unfähigkeit des BR** ist nicht neu für ihn. Ergänzung von Christa Markwalder: Der BR macht wohl eine Legislaturplanung, die von einer parlamentarischen Kommission überwacht wird – wenn er sich aber nicht daran hält, hat das keine Folgen.

N wird deutlich: Seine Erfahrungen zeigen, dass es immer schwieriger wird, als Behördenvertreter jemanden aus dem BR zu treffen. Die Geschäfte werden von Stäben abgewickelt. Deren Generalsekretäre definieren sich nicht mehr über Fachkompetenz, sondern über Loyalität. Es finde ein „Wanderzirkus“ der BR statt, sie treten eher als Redner/innen auf, denn als Fachleute. Das „einfache Volk“ sei weniger festgefahren, es möchten reale Lösungen. Das Parlament und der BR hingegen stecken fest. Als Lösung für die Stausituation schlägt er einen „**Zukunftsrat**“ als dritte Kammer vor. Dessen Mitglieder würden nach wissenschaftlichen Kriterien durch das Los bestimmt. Er würde in die Vernehmlassungen einbezogen und hätte ein Vetorecht.
(Beispiel «Mit einem Zukunftsrat gegen die Klimakrise» bei Scheidegger + Spiess, August 2023)

M ist skeptisch: Wie soll ein Zukunftsrat mit einem Vetorecht den Reformstau lösen? Das Volk kann dank Referenden bereits mitreden und **jeder Bürger, jede Bürgerin hat die Möglichkeit, an Vernehmlassungen teilzunehmen!** M erlebte unendliche Schwierigkeiten, im Parlament institutionelle Änderungen durch zu bringen (es gelang ihr z.B. trotz mehrer Anläufe nicht, schon nur die Sitzungszeiten des NR zu ändern). Wenn hingegen in der Kommissionsarbeit Fachleute von aussen und Wissenschaftler/innen beigezogen wurden, half das, Lösungen zu finden.

G weist hin auf **die Repräsentativität des BR**: Das Wahlprozedere für den BR ist sehr eingeschränkt. Das Ticket-System widerspricht eigentlich dem Gebot der freien Wahl. Das Wahlverfahren hat einen direkten Einfluss auf das Resultat. G schlägt ein Assessment für die Kandidaten und Kandidatinnen vor, in dem getestet wird, wie kompromissfähig sie sind. „Eine BR-Wahl ist kein Schönheitswettbewerb, sondern hartes Brotessen.“ Die Untersuchungen des gfs zeigen, dass der **Einfluss der Konkordanz** beständig und erfolgreich ist. Die Grundidee der Allparteienregierung hat den Kompromiss zum Ziel. Dank unserer Parteienstruktur, unserer Konsensdemokratie ist die Polarisierung in der Schweiz nicht so erdrückend wie in andern Ländern. Zudem ist es bei uns nicht interessant, eine Parteikarriere zu machen. Viele politische Jobs werden im Nebenamt geführt.

M ergänzt, dass unsere Demokratie auch **eine Frage der Mehrheiten** ist und nicht nur der Konsensfindung dient. Und diese Mehrheiten wechseln im BR je nach Thema. Die Frage stellt sich für die Mitglieder des BR heute, wie „machtfähig“, wie durchsetzungsfähig sie sind.

N erlebte oft Machtkämpfe in der Regierung. Er stellt die Frage, was denn die Währung der Politik ist? Das sind die Wahlerfolge und nicht Erfolge in der Problemlösung. Der Wille zum Kompromiss nimmt ab und es gilt, die eigene Meinung durch zu setzen. N ist überzeugt, dass die äusseren Bedingungen ebenfalls einen grossen Einfluss auf Entscheide haben. Besonders der Druck der (sozialen) Medien auf Einzelpersonen, **die Personalisierung und Medialisierung nehmen zu.**

Hassrede und Gegenrede

Sophie Achermann, Geschäftsführerin von «Public Discourse Foundation» c/o ETH Zürich

Was ist Hate Speech?

«Hate Speech» ist ein Oberbegriff für Ausdrucksweisen, welche einzelne Menschen oder Gruppen abwerten, beleidigen, bedrohen oder zu Hass oder Gewalt aufrufen.

Hate Speech kann in unterschiedlichen Formen auftreten und auf unterschiedlichen Wegen an Personen gelangen (Social Media, Mail, Anrufe, online-Kommentare, etc.). Das Phänomen Hate Speech ist vor allem durch die Digitalisierung zu einem breiteren Problem geworden, die Hemmschwellen für Anfeindungen haben sich gesenkt. Forschende und Politiker/innen, welche sich öffentlich exponieren, sind je länger je mehr von Hate Speech betroffen und gehässigen Reaktionen ausgesetzt. (Definition aus Lernmodul der Uni Bern)

Beispiele

«Nach dem Motto leben und leben lassen, aber wenn sich zwei Männer vor mir küssen, das muss ich nicht über mich ergehen lassen das stösst mich ab.»

«Wir wollen keine 40'000 Eritreer für gar nichts durchfuttern! Geht nach Hause und bringt dort eure 300 Babys in drei Monaten auf die Welt!!!
WIR müssen für unsere KINDER schauen!»

«Weil die Fedpol gegen die eigene Chefin ermitteln müsste, und das tut sie nicht! Sie sind ein Teil der Kinderficker deckenden Justizdepartements! Der Rechtsstaat Schweiz besteht nur noch für das Fussvolk und das nicht seit gestern! Volksverräter wie Sie gehören vor den Richter, enteignet und öffentlich erschossen! Die Bilder der Hinrichtung müssen im Bundeshaus für immer gezeigt werden (...)

Sehr wenige Akteure sind für die Mehrheit der Hassrede verantwortlich

Untersuchungen zeigen, dass nur 1% für 67% der Hassangriffe verantwortlich ist! Bei 6'000 – 8'000 Kommentaren pro Tag ist die Moderation zur Kontrolle für Redaktionen extrem aufwändig. Heute noch werden 80% der eingesandten Kommentare von Menschen kontrolliert. Grosse Zeitungen übernehmen nur etwa 30% davon. Hate Speeches sind zunehmend ein Problem. Fachleute und Politiker/innen haben je länger desto mehr Angst, sich öffentlich zu äussern, Interviews zu geben.

Was Untersuchungen zeigen

- Unterrepräsentierte Gruppen ziehen sich weiter aus dem Diskurs zurück
- Nur eine kleine Minderheit beteiligt sich am Online-Diskurs – oft die mit den polarisiertesten Meinungen
- Gesellschaftliche Spaltungen können somit verstärkt werden, mit negativen Auswirkungen auf die Demokratie
- Moderation bedeutet auch immer Zensur. Ein Gleichgewicht zu finden ist schwierig.

Wie kann man sinnvoll reagieren?

Diskussionen über die Meinungsfreiheit sind nötig. Ihre Grenzen müssen breit diskutiert werden, jede Einschränkung muss auch rechtlich festgelegt sein. Zensur ist nicht die Lösung. Grundsätzlich darf ich lügen! Fake News stiften aber immer öfters Verwirrung und fördern die Aggressivität. Es braucht zehnmal mehr Aufwand, eine Lüge zu entkräften, als sie in die Welt zu setzen.

Je nach Speech-Art braucht es unterschiedliche Reaktionen auf digitalen Hass. In einer detaillierten Forschungsarbeit in den USA* wurden verschiedene Strategien getestet. Es zeigte sich, dass empathischer «Counterspeech» die positivsten Resultate ergibt (*bei PNAS – Proceedings of the National Academie of Sciences of the USA).